

Rolf G. Heinze, Jürgen Schupp  
Grundeinkommen – Von der Vision zur schleichenden sozialstaatlichen Transformation  
Springer VS Wiesbaden 2022  
306 Seiten, 34,99 (eBook 26,99)  
ISBN 978-3-658-35550-0 ( eBook ISBN 978-3-658-35551-7)

Im Vorwort beschreiben die Autoren ein ehrgeiziges Vorhaben. Ausgehend davon, dass „zum bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) ... in den letzten Jahren eine Reihe von Büchern und Aufsätzen erschienen (sind)“ und das Thema „auch in den politischen Parteien, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Sozialverbänden“ diskutiert worden sei, konstatieren sie, dass „die Frage nach der Umsetzung bzw. den Gelingensbedingungen und der Identifizierung möglicher Blockaden nur am Rande behandelt“ worden sei. Ohne eine „Überführungsstrategie“ werde „die Idee mit dieser Implementierungsnaivität scheitern“. Deshalb solle „der Diskussionsstand zum Grundeinkommen insofern weiterentwickelt, wenn nicht gar überwunden werden, dass eine Einbindung in wohlfahrtsstaatliche Entwicklungsverläufe und aktuelle Herausforderungen für die 'Sicherung der sozialen Sicherung' vorgenommen“ werde (alle Zitate S. V). Zu diesem Zweck wollen Heinze und Schupp „eine aktuelle sozialwissenschaftlich motivierte Einordnung des derzeitigen Diskussionsstandes zu einem bedingungslosen Grundeinkommen (vornehmen) und die politische Landschaft hinsichtlich dieses Themas ... 'vermessen'“ (S. IX).

Zweifellos ist eine solche Zusammenschau notwendig und die vorliegende Arbeit ist in diesem Sinne trotz einer Leerstelle, auf die zurückzukommen sein wird, extrem hilfreich. Allein schon die 27-seitige Literaturliste zeigt, dass hier wirklich vieles be- und verarbeitet wurde. Wer sich in diese aber genauer vertieft, wird schnell feststellen, dass Texte direkt oder schwerpunktmäßig zum BGE darin nur eine Minderheit ausmachen. Das ist allerdings kein Nachteil des vorliegenden Buches, sondern verweist auf eine ganz besondere Stärke.

Heinze/Schupp sind sich sehr bewusst, dass der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht sinnvoll diskutiert und bewertet werden kann, wenn man ihn nicht einordnet in eine Landschaft politischer Strukturen, Interessen und Debatten. Das tun sie umfassend und genau, sodass manche Passagen des Buches gleichzeitig als eine Art Einführung in das eine oder andere sozialpolitische Spezialthema gelesen werden können.

Das Ganze ist in sechs Kapitel gegliedert und geht davon aus, dass der bisherige Sozialstaat in Deutschland trotz einiger markanter Schwächen alles in allem ein funktionierendes System sozialer Absicherung geschaffen hat, das aber angesichts vielfältiger neuerer Entwicklungen bezüglich seiner „mittel- und langfristige(n) Zukunftsfähigkeit ... skeptisch ... bewertet“ werden müsse (S. X). Folglich erörtert das erste Kapitel die Rolle von „Krisen als Brennglas sozioökonomischer Problemlagen“, wobei die Coronapandemie als „Katalysator für eine sozialstaatliche Transformation“ begriffen wird. Inhaltlich ist in der hier geführten Diskussion, wie ein BGE Krisenlagen auflösen könnte, aus meiner Sicht besonders hervorzuheben, dass die Autoren damit die „Ermöglichung einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft in (einem) System eines allgemeinen Bürgerrechts“ (S. 29) verbinden. Ihr Bedauern, dass dieser Aspekt in der BGE-Debatte zu kurz kommt, teile ich und habe es selbst immer wieder ausgedrückt. Die Tatsache, dass ein BGE Armut abschaffen würde, ist wichtig, aber gewiss nicht die bedeutsamste Wirkung, die man sich von seiner Einführung versprechen könnte.

Im zweiten Kapitel geht es um „Konjunkturen der Sozialstaatskrise“ mit einer detaillierten Darstellung der Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Während ich auch da dem allergrößten Teil der Analysen zustimme, finde ich es bedauerlich, dass Heinze und Schupp die seit Jahrzehnten vertretene These vom demografischen Problem der umlagefinanzierten Rente stark machen, ohne die ebenfalls schon lange und meiner Meinung nach überzeugend vorgetragenen Bedenken auch nur

zu erwähnen (beispielhaft S. 74f). Trotz dieser Einschränkung bleibt die Kritik an der alleinigen Geltung des Äquivalenzprinzips, wie es bisher mit der Beitragsfinanzierung in Deutschland verbunden ist, zu unterstreichen (beispielhaft S. 77). Ohne dieses Prinzip völlig aufzugeben werden Wege gefunden werden müssen, auch die hohen Markteinkommen in einem gewissen Umfang umverteilend in die Finanzierung der Alterssicherung einzubinden.

Kapitel 3 führt in die schon im Titel formulierte eigentliche These des Buches ein, indem es untersucht, inwieweit sich der herkömmliche Transferstaat in einen investierenden Staat umwandelt. Schon zuvor hatten Heinze/Schupp (eine Studie aus dem Jahr 2005 zitierend) darauf hingeführt: „Die Eckpunkte eines neuen, investiven und infrastrukturellen Sozialstaates wären aus unserer Sicht folgende:

- \* Universalismus
- \* Staatsbürgerprinzip
- \* Neuer Mix zwischen Beiträgen und Steuern als Basis der Finanzierung
- \* Ausbau einer qualitativen sozialen Infrastruktur, die Familien und Individuen unterstützt, vor allem im Erziehungs-, Bildungs-, und Pflegebereich
- \* Partizipation: Inklusion statt Exklusion
- \* Stärkung des Einzelnen in einer solidarischen Gesellschaft (Selbstverantwortung)
- \* Soziale Sicherheit als Basis für Leistungsfähigkeit.“ (S. 87)

Zwar stellen die Autoren eine langsame Entwicklung in eine solche Richtung fest, beschreiben aber auch genau die Hindernisse (etwa die vielfach zersplitterten Kompetenzen und Zuständigkeiten für Maßnahmen sozialer Sicherung) und Widerstände (etwa die pure Marktorientierung) auf diesem Weg. Hervorzuheben ist ihre Bekräftigung: „Öffentliche Daseinsvorsorge (etwa beim Wohnen, der Kinderbetreuung oder Gesundheitsversorgung) und ein garantiertes und finanzierbares Grundeinkommen sind keine substitutiven, sondern komplementäre Felder und eine produktive Zeitnutzung ist nur möglich, wenn die öffentlichen Infrastrukturen Gelegenheitsspielräume eröffnen. Ohne verlässliche und stabile Infrastrukturen ist die Nutzung individueller Zeitpräferenzen sowohl für die eigene Weiterentwicklung (bspw. in Form von Weiterbildung oder Qualifizierung für neue Tätigkeitsfelder) als auch für Andere (etwa in Form des freiwilligen Engagements in sozialen Netzwerken, Sozialorganisationen oder Vereinen wie auch in selbstbestimmten Maße für Care-Tätigkeiten) keine tragfähige Leistung der Daseinsvorsorge, die auch dem Ziel verpflichtet bleibt, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu schaffen und Chancengerechtigkeit unabhängig vom Status des Elternhauses zu verwirklichen.“

Als eine Art Zwischenfazit der eigenen erkenntnisleitenden These, dass an die Stelle nachrangig, also erst wenn jemand in Not geraten ist, gewährter Transfers Elemente einer „*Grundsicherung*“ (Hervorh. im Original) treten, schreiben Heinze und Schupp: „Diese schleichende Abkehr vom traditionellen Entwicklungspfad des gemäß Nachrangigkeitsprinzipien gewährenden deutschen Sozialstaats ist bislang nicht als einheitliche Strategie aufzufassen, sondern geschieht fast unsichtbar in kleinen Dosierungen.“ (S. 172)

Es wurde also „in den bisherigen Kapiteln ... aufgezeigt, wie komplex die sozialstaatliche Architektur in Deutschland ist und diese strukturellen Fragmentierungen in einem Spannungsfeld zu den realen Problemlagen und Bedarfen der Menschen stehen. Bürgerinnen und Bürgern (Fehler im Original) orientieren sich in ihrem Handeln keinesfalls ausschließlich an den bürokratischen Zuständigkeiten und deshalb bleibt der eigentlich gut ausgebaute Sozialstaat oft weit unter seinen Möglichkeiten, Notlagen vorzubeugen und effizient zu bekämpfen.“ (S. 175) Das „Durchwursteln“ durch diese Problemlage, das die reale Politik aller Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte charakterisiert, beschreibt das nun folgende vierte Kapitel. Zwar wird auch hier wieder die fragwürdige These von der Unbezahlbarkeit umlagefinanzierter Renten ausgebreitet, aber noch beeindruckender sind die Darstellungen institutionellen Politikversagens angesichts gut entwickelter

Alternativen.

Die „Risiken der Status quo Fortschreibung (fehlende Bindestriche im Original) ohne Strategiewechsel“ werden dann im fünften Kapitel diskutiert. Angesichts des Wandels in der sozialen Lebenswelt mit verstärkter Individualisierung und Singularisierung, in der Arbeitswelt und durch die Digitalisierung wird die Fortsetzung einer leitbildlosen Politik misslingen.

Dabei könnte eine „universalistische Sozialstaatlichkeit als emanzipatorisches Leitmodell“, so der Titel des sechsten Kapitels, durchaus funktionieren. Über diese Unterstützung können sich Menschen aus der emanzipatorischen Strömung der Grundeinkommensbewegung nur freuen und vieles, das die Autoren in diesem Zusammenhang vorschlagen, rennt bei uns offene Türen ein. Dass „die einseitige Fixierung auf die Finanzierungsperspektive überwunden wird in Richtung eines Diskurses um eine Neufundierung der sozialen Sicherung, die auf kollektive, öffentliche Infrastrukturen sowie eine Requalifizierung von Zeit“ (S. 239) setzt, ist genau die Kritik, die wir an die Adresse der Gegner eines BGE richten. Und dass ein BGE „Wachsende Zeitkontingente, individuelle Freiheitsgewinne und neue Vergemeinschaftungen“ (ebda.) ermöglicht, dass „Daseinsvorsorge und kollektive Infrastruktur ... öffentliche Aufgabe“ (S.253) ist, dass „Umsetzungsoptionen“ wie die „Kindergrundsicherung“ (S. 261) mögliche Einstiege in ein BGE darstellen, sind uns seit mindestens anderthalb Jahrzehnten Allgemeinplätze.

Und damit wäre ich zurück bei der eingangs angesprochenen Leerstelle im Buch. Heinze und Schupp haben, wie ich schon sagte, eine riesige Menge an Literatur gesichtet und auch die grundeinkommensaffinen Wissenschaftler\*innen ausführlich zu Wort kommen lassen, aber die Äußerungen aus der eigentlichen Grundeinkommensbewegung werden fast komplett außer Acht gelassen. Zwar werden Projekte wie Mein Grundeinkommen oder Expedition Grundeinkommen ausführlich gewürdigt und das Netzwerk Grundeinkommen wird ein paar Mal erwähnt. Aber Texte etwa von, um nur einige zu nennen, Ronald Blaschke, Ina Prätorius, Harald Rein, Carl Reitter, Antje Schrupp oder auch meine eigenen sucht man vergeblich.

Dabei geht es nicht darum, dass unsereins nun unbedingt zitiert werden müsste, sondern Heinze/Schupp schaden ihrem eigenen Anliegen. Viele ihrer Überlegungen formulieren nur neu, was in der Bewegung schon vor fast 20 Jahren da war. Etwa das Konzept der AG links-Netz über Sozialpolitik als öffentliche Infrastruktur wurde erstmals 2003 vorgestellt und nimmt praktisch alles vorweg, was unsere Autoren zu dem Thema sagen. Damit ich nicht missverstanden werde: Es ist sehr erfreulich, dass und wie Heinze und Schupp in Richtung eines emanzipatorischen BGE denken. Wir haben hier sehr viel Übereinstimmungen mit ihnen. Ich denke nur, wir wären gemeinsam schon weiter, wenn sie einige der in der Bewegung entwickelten Vorstellungen gekannt hätten und daran hätten anknüpfen können. Deshalb ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass das Buch 50 „offene Fragen“ formuliert. Aktive in der Grundeinkommensbewegung sollten das sehr ernst nehmen und darauf antworten, auch wenn manchem von uns manche Fragen schon altbekannt vorkommen sollten. Wir sollten das als ehrliches Diskussions- und Gesprächsangebot verstehen und engagiert darauf eingehen.

Na klar bedeutet das, dass man dafür zunächst das Buch lesen muss, damit man die Meinung der Autoren kennt. Und genau das empfehle ich hiermit allen BGE-Aktivist\*innen und Interessierten dringend.